2019/19 Interview

https://jungle.world/artikel/2019/19/die-oekonomie-auszublenden-ist-teil-des-problems

Interview mit Philip Manow

»Die Ökonomie auszublenden, ist Teil des Problems«

Interview Von **Till Schmidt**

Der Politikwissenschaftler Philip Manow über Populismus und politische Ökonomie.

Die öffentliche Debatte über Populismus ist in vollem Gange. Ihr Buch »Die politische Ökonomie des Populismus« will darauf hinweisen, was in der Diskussion bislang fehlt. Was genau stört Sie?
Die deutsche Diskussion ist wahrscheinlich ein bisschen speziell, weil das Phänomen bei uns ein Neueres ist als etwa in der Schweiz oder in den Niederlanden. Aber nicht nur hierzulande, sondern auch in anderen europäischen Ländern wird Populismus tendenziell moralisiert, und ökonomische Ursachen und Zusammenhänge werden kaum erörtert. Häufig gibt es nur pauschale Schuldzuweisungen an einen »autoritären Kapitalismus«, was immer genau man sich darunter vorzustellen hat, der autoritäre Einstellungen generiere. Ökonomische Faktoren können sicherlich nicht alles erklären, denn natürlich spielen Einstellungen eine Rolle, und für die politische Mobilisierung ist, allgemein gesagt, eine »Kulturalisierung« ökonomischer Herausforderungen oft notwendig. Aber das so häufige systematische Ausblenden der Ökonomie ist Teil des Problems.

> »Relativ ähnliche soziale Gruppen wählen, wenn sie populistisch wählen, im Norden Europas rechts und im Süden links.«

Was genau verstehen Sie unter Populismus?
Das ist ein wichtiger Punkt. Populismus ist ja auch ein Kampfbegriff, der analytisch vielleicht gar nicht immer so wertvoll ist. Er wird häufig von einer selbst definierten politischen Mitte gebraucht, um das abzuwerten, was an alternativer Politik von links oder von rechts formuliert wird. In meinem Buch werden zwei Definitionen angerissen: Die eine ist derzeit sehr dominant, vielleicht steht der Name Jan-Werner Müller (deutscher Politikwissenschaftler, lehrt in Princeton, Anm. d. Red.) dafür. Diese Definition besagt, dass Populismus in erster Linie ein antagonistischer Politikmodus sei, also eher Form als Inhalt: die schroffe Entgegensetzung von »reinem Volk«, wie auch immer man das definieren

mag, und »korrupter Elite«. Das ist dann natürlich ein antipluralistischer Politikmodus, bei Rechten nativistisch, nationalchauvinistisch, xenophob. Die andere Definition ist von Kurt Weyland (deutscher Politikwissenschaftler, Professor für Liberal Arts an der University of Texas in Austin, Anm. d. Red.). Er fasst Populismus als eine Strategie der Machtergreifung jenseits etablierter Repräsentationswege. Ich kann mit beiden Definitionen gut leben – beide treffen auf das zu, was ich in meinem Buch analysiere. Gerade für meine vergleichende Perspektive auf den Populismus ist die gewisse Offenheit des Begriffs brauchbar.

Wie sieht Ihre vergleichende und politökonomische Herangehensweise aus?
Ich komme ja aus der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung, das heißt für meinen Blickwinkel auf die Ursachenkomplexe des Populismus spielen Wirtschafts- und Wohlfahrtsstaatsmodelle eine zentrale Rolle. In meinem Buch analysiere ich Populismus im Wesentlichen als Protestartikulation gegen Globalisierung in ihren beiden hauptsächlichen Erscheinungsformen, dem internationalen Handel und der Migration. Vor diesem Hintergrund lässt sich meines Erachtens Europas politische Geographie des Populismus gut erklären: Die Dominanz des Linkspopulismus in Südeuropa mit seinem Protest gegen »Neoliberalismus« und »Austerität« entsteht in einem Kontext, in dem die freie Bewegung von Gütern und Geld problematisch wird. Dem gegenüber entsteht die Vorherrschaft des Rechtspopulismus in Kontinental- und Nordeuropa, der sich gegen »Masseneinwanderung« richtet in einem politökonomischen Kontext, in dem die freie Bewegung von Personen problematisch wird.
Zudem artikulieren populistische Parteien in Osteuropa und den angelsächsischen Ländern eher Verliererinteressen, wohingegen in Westeuropa minus Großbritannien eher die Interessen derjenigen populistisch verteidigt werden, die noch etwas zu verlieren haben. Ein rein kulturalistischer Ansatz steht dieser empirisch feststellbaren Varianz des Populismus weitgehend hilf- und verständnislos gegenüber.

Was sind die zentralen Befunde ihrer Analyse?
Relativ ähnliche soziale Gruppen wählen, wenn sie populistisch wählen, im Norden rechts und im Süden links, etwa Podemos, La France insoumise, Syriza oder Movimento 5 Stelle, wobei es Kontroversen darüber gibt, inwieweit die beiden letztgenannten (noch) als linkspopulistisch einzuordnen sind.
Für Deutschland haben wir über eine Analyse von Wahlbezirksdaten der amtlichen Statistik für die Bundestagswahl 2017 sowie der Regional- und Arbeitsmarktstatistik herausgefunden, dass es nicht die wirklich Abgehängten sind, die die Alternative für Deutschland (AfD) wählen – sondern eher sogenannte Arbeitsmarkt-Insider.

Wen genau umfasst diese Kategorie?
Die nicht prekär Beschäftigten, die in einem regulären Vertrag mehr als 30 Wochenstunden und sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, und das sind meist Männer. Die Auswertung unserer Daten legt außerdem nahe, dass die Wahlentscheidung für die AfD vor allem bei Personen ausgeprägt war, die entweder in der Vergangenheit selbst Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit gemacht oder diese unmittelbar in ihrer Umgebung erlebt haben und sich daher eines ständigen Arbeitslosigkeitsrisikos mitsamt der Gefahr des damit verbundenen schnellen sozialen Abstiegs bewusst waren. Ein gegenwärtiger Statusverlust oder eine aktuell erlebte soziale oder ökonomische Deprivation können

hingegen nur schwer in Anschlag gebracht werden für die Wahl der AfD bei der Bundestagswahl 2017.

Was heißt das konkret?

Die Angst vor dem Statusverlust, und nicht der bereits erlebte Abstieg, führt dazu, dass der Komplex »Flüchtlinge/Ausländer« als das wichtigste Thema eingestuft und besonders skeptisch gesehen wird. Dahinter scheint aus meiner Sicht durchaus eine ökonomische Auseinandersetzung zu stehen, ein Konflikt über die gerechte Verteilung von Ressourcen, der aber kulturalisiert wird – etwa in Form von Nationalchauvinismus.

Deutschland ist ein geradezu prototypischer Fall einer exportorientierten politischen Ökonomie mit einem vergleichsweise großzügigen System sozialer Sicherung, und gemäß meines skizzierten Schemas richtet sich der Protest der Arbeitsmarkt-Insider gegen Migration und nicht gegen den internationalen Handel, der die Arbeitsplätze dieser Insider eher sichert, als sie zu gefährden.

Hier spielt auch der »Agenda-Effekt« (wegen der sogenannten Agenda 2010 der rot-grünen Regierung, die Sozialsystem und Arbeitsmarkt deregulierte, Anm. d. Red.) eine Rolle: Arbeitsmarkt-Insider können nun relativ schnell, im Normalfall in nur zwölf Monaten, zu sogenannten Outsidern werden. Völlig unabhängig vom Ausbildungsstand, vorherigen Verdienst und vorheriger Beitragsdauer kann man also blitzschnell den Flüchtlingen wohlfahrtsstaatlich mehr oder weniger gleichgestellt werden. In den entsprechenden Milieus dürfte das erheblich zum Unmut über die Zuwanderung beigetragen haben. Im Osten war das verbunden mit den recht dramatischen ökonomischen Einschnitten, die dort in den neunziger Jahren erfahren wurden.

Philip Manow ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Vergangenes Jahr erschien Manows Buch »Die Politische Ökonomie des Populismus« bei Suhrkamp.

© Jungle World Verlags GmbH